

Von: Delara Burkhardt Europabüro SH <[moin@delara-burkhardt.eu](mailto:moin@delara-burkhardt.eu)>

An: [kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de](mailto:kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de)

Betreff: AW: Resolution zur sexuellen reproduktiven Gesundheit und den Rechten von Frauen

Sehr geehrter Herr Masmeier,

danke, dass Sie sich mit Ihrem Anliegen an mich gewandt haben. Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, dass es sich bei Herrn Matić um einen sehr engagierten Sozialdemokraten aus Kroatien handelt, der für Gleichstellung und eine soziale EU kämpft. Sein Ziel ist eine Welt, in der alle Frauen und Männer gleiche Rechte und Pflichten haben. Ich bin mir sicher, dass dies auch in Ihrem Interesse ist.

Gerade wir Sozialdemokrat\*innen kämpfen seit Jahrzehnten für Kinderbetreuung, für Müttergenesungswerke und Wickelplätze in öffentlichen Toiletten und viele weitere soziale Rahmenbedingungen, die Familien unterstützen. Gute, verlässliche und einklagbare soziale Absicherung ist uns wichtig und kann in manchen Fällen auch die Entscheidung für ein Kind vereinfachen. Das ist unser Weg – und dies seit Jahrzehnten. Wir wissen aber auch, dass es immer wieder sehr schwierige Situationen geben kann, in denen eine Schwangerschaft nicht gewollt ist. Denken Sie zum Beispiel an eine Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung. Und ich denke nicht, dass wir Personen zwingen sollten, eine Schwangerschaften gegen ihren Willen fortzusetzen. Aus diesem Grund unterstütze ich den Bericht. Denn er steht für die Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung und die letztendliche Verantwortung der Frau und gleichzeitig für all die Rahmenbedingungen, die solche Situationen seltener machen. Das bedeutet zum Beispiel den Zugang zu Verhütung und die frühe, vorurteilsfreie Aufklärung von Mädchen und Jungen, die das Einverständnis und den Respekt füreinander als unbedingte Grundvoraussetzung in den Mittelpunkt stellt.

Im Bericht ist zudem an keiner Stelle von Fristen die Rede. Dass Abtreibungen bis kurz vor der Geburt stattfinden sollen, wird von dem Bericht nicht gefordert und auch nicht als erstrebenswert gesehen.

Nun zu den Begrifflichkeiten. Im Bericht werden Handlungsempfehlungen gegeben. Diese können in diesem Bericht mit einer politischen Stellungnahme übersetzt werden - eine, die symbolischen Einfluss auf die Politik in den Mitgliedstaaten hat. Damit greifen wir also ausdrücklich nicht in die Handlungshoheit der Mitgliedstaaten ein. Die wird auch im Berichtstext gleich in Paragraph 1 deutlich gemacht:

1. fordert die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und im Einklang mit den nationalen Zuständigkeiten auf, das Recht aller Personen, ungeachtet des Alters, des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Klasse, der Kaste, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, des Familienstands oder sozioökonomischen Status, einer Behinderung, einer Infektion mit HIV (oder einer anderen sexuell übertragbaren Infektion), der Nationalität oder sozialen Herkunft, des rechtlichen Status oder des Migrationsstatus, der Sprache, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, zu wahren, ihre eigenen Entscheidungen in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in Kenntnis der Sachlage zu treffen, sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu gewährleisten und die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit der Genuss der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte für jeden möglich ist;

Der Bericht beschäftigt sich zudem nicht nur mit dem Thema Schwangerschaftsabbrüche, sondern deckt eine große Bandbreite an Facetten ab. Er fordert beispielsweise gemeinsame Standards in der Bekämpfung von Gewalt bei der Geburt oder in der Gynäkologie. Außerdem drückt er seine Sorge in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderung aus und fordert rechtliche Schritte, die körperliche Unversehrtheit, Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zu stärken. Auch das Thema Kinderwunschbehandlungen wird im Bericht thematisiert. So fordert der Bericht die Mitgliedstaaten auf, allen Menschen im reproduktiven Alter Zugang zu Kinderwunschbehandlungen zu ermöglichen. Außerdem wird im Bericht eine Analyse der Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit und Gesundheitssysteme für Frauen und Männer gefordert. Das alles sind neben dem Ziel von selbstbestimmten Schwangerschaften wichtige Forderungen, die ich unterstützen möchte.

Ich habe daher für den Bericht gestimmt und hoffe, Ihnen deutlich gemacht zu haben, warum dieser wichtig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Delara Burkhardt